

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport, VBS
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS

Per E-Mail an: triage@sepos.admin.ch

27.02.2026

Ihr Kontakt: Timothy Nussbaumer, Stv. Fraktionssekretär der Bundeshausfraktion, Tel. +41 79 794 37 28, E-Mail:
schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen Gesetzesbestimmungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen Stellung beziehen zu können. Nachfolgend finden Sie unsere Einschätzungen und Überlegungen zur Vorlage.

Die Grünliberalen stehen zu einer modernen, agilen und kosteneffizienten Milizarmee mit motivierten Soldatinnen und Soldaten sowie Offizierinnen und Offizieren. Für die GLP ist zugleich klar, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen die gesamte Gesellschaft betreffen und ein umfassendes Sicherheitsverständnis verlangen. Die verschiedenen Dienstformen – Militärdienst, Zivilschutz und Zivildienst – dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in ihrem Zusammenwirken gefördert werden.

Den Vorschlag des Bundesrates zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen lehnt die GLP nicht ab, er ist aus ihrer Sicht jedoch mutlos und unzureichend. Denn er trägt weder substantiell zur langfristigen Lösung der Alimentierungsprobleme bei Armee und Zivilschutz bei, noch ist zu erwarten, dass er den Frauenanteil spürbar erhöht.

Vielmehr bräuchte es dafür ein Dienstmodell, welches die Attraktivität des Dienstes für Männer und für Frauen klar verbessert, aber zugleich anerkennt, dass Schutz, Resilienz und Krisenvorsorge eine gemeinsame Verantwortung sind. Gefordert sind flexiblere, attraktivere Dienstmodelle, welche eine bessere Vereinbarkeit mit Ausbildung, Studium, Beruf und Familie ermöglichen sowie einen grösseren Mehrwert der im Dienst erworbenen Kompetenzen für die zivile Arbeitswelt bieten und allen sicherheitspolitischen Anforderungen gerecht werden. Diesen Ansprüchen wird am ehesten ein allgemeiner, bedarfsorientierter Sicherheitsdienst für beide Geschlechter gerecht, welcher neben dem bewaffneten Militärdienst explizit auch andere Dienstformen in den Bereichen Katastrophenhilfe, Gesundheitsversorgung, Logistik, Betreuung bis zum Schutz kritischer Infrastrukturen vorsieht. Bei einer höheren Anzahl Dienstpflichtigen, aber ähnlich hohen effektiv Dienstleistenden, könnte eine Rekrutierung besser auf Fähigkeiten, Motivation und den sicherheitspolitischen Bedarf eingehen. Synergien mit dem zivilen Beruf könnten genutzt werden, um zugleich kürzere Dienste oder Wiederholungskurse zu ermöglichen, aber auch die Attraktivität des Dienstes zu erhöhen. Neben einem allgemeinen, bedarfsorientierten Sicherheitsdienst wären jedoch auch weniger weitgehende Formen einer allgemeinen Dienstpflicht zu prüfen, wie bspw. eine Schutzdienstpflicht in den Bereichen Katastrophenhilfe, Gesundheitsversorgung, Logistik, Betreuung und Schutz kritischer Infrastrukturen für alle Schweizer und Schweizerinnen, welche keinen Militär- oder Zivildienst leisten. Auch das VBS selbst kommt in seinem Bericht zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems vom 15. Januar 2025 zum Schluss, dass eine allgemeine bedarfsorientierte Dienstpflicht gegenüber anderen Dienstmodellen besser abschneidet mit Bezug auf die Alimentierung von Armee und Zivilschutz, mit Bezug auf die Dienstgerechtigkeit unter Einbezug der Gleichstellung der Geschlechter und mit Bezug auf die Finanzierung.

Die GLP fordert den Bundesrat deshalb auf, nicht beim Vorschlag eines obligatorischen Orientierungstags für Frauen zu verbleiben, sondern mögliche Formen einer bedarfsorientierten, allgemeinen Dienstpflicht im Rahmen der anstehenden Vernehmlassung zu einer Sicherheitsdienstpflicht in Erfüllung der Motionen [25.3015](#) und [25.3420](#) zur Diskussion zu stellen und das Alimentierungsproblem effektiv anzugehen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen. Bei Fragen stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Beat Flach, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Noëmi Emmenegger
Geschäftsführerin der Bundeshausfraktion